



Wissenschaftsausschuss

34. Sitzung (öffentlich)

11. September 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:05 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Brexit – Landesregierung muss endlich für den Wissenschafts- und Forschungsstandort NRW tätig werden und Forschungsk Kooperationen aktiv fördern	6
	Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/6256 – Expertengespräch (s. Anlage)	
2	Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe	23
	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 17/5620	

Der **Ausschuss lehnt** den **Gesetzentwurf** der SPD-Fraktion **Drucksache 17/5620** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

3 Hitzeaktionspläne zur Prävention hitzeassoziierter Mortalität und Morbidität 25

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6752

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/6752** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **ab**.

4 „Gestresste“ Wohnungsmärkte in Großstädten entlasten und den ländlichen Raum stärken – Verlagerung von Hochschuleinrichtungen und Behörden 26

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6757

Der **Ausschuss beschließt**, sich nachrichtlich an der Beratung zu **beteiligen**.

5 Finanzlage der Universität zu Köln 27

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2380

– Aussprache. 27

6 Studienbeiträge für Studierende aus Drittstaaten 29

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2381

– Kurze Aussprache. 29

7	Verschiedenes	30
a)	„Wissenschaft braucht Kontinuität und Perspektive. Mehr Dauerstellen an den Hochschulen des Landes!“ – Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 17/6585	30
b)	Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Neufassung des Hochschulzulassungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/6538	30
c)	Haushaltsberatungen 2020 – (Zeitplan)	31
d)	Weiterbildungskonferenz am 25.09.2019	32

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Helmut Seifen begrüßt zur 34. Sitzung des Wissenschaftsausschusses die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses, Frau Staatssekretärin Storsberg, sehr die Sachverständigen, Herrn Professor Koch und Herrn Professor Ackermann sowie die Gäste und Vertreter der Presse.

Die CDU-Fraktion habe beantragt, die Abstimmung heute in Fraktionsstärke vorzunehmen. Er gehe davon aus, dass alle damit einverstanden seien. Einige Damen und Herren sind ja gerade frisch aus Berlin zurückgekommen. Deswegen sei es gut, wenn der Ausschuss in Fraktionsstärke abstimme.

1 **Brexit – Landesregierung muss endlich für den Wissenschafts- und Forschungsstandort NRW tätig werden und Forschungsk Kooperationen aktiv fördern**

Antrag
der SPD-Fraktion
Drucksache 17/6256

– Expertengespräch (s. *Anlage*)

Vorsitzender Helmut Seifen: Der Antrag wurde schon am 24. Mai 2019 im Plenum beraten und federführend an den Wissenschaftsausschuss überwiesen. Als Gäste sind heute anwesend Herr Professor Dr. Ackermann und Herr Professor Dr. Koch. Beide begrüße ich nochmal ganz herzlich in unserer Runde und danke Ihnen für die Bereitschaft, dem Ausschuss heute für eine Diskussion zur Verfügung zu stehen. Sie sind im Tableau namentlich einzeln aufgeführt. Gegenstand der Diskussion ist der eingangs genannte Antrag der Fraktion der SPD, mit dem Sie sich ja intensiv beschäftigt haben und zu dem Sie auch schon eine schriftliche Stellungnahme abgegeben haben. Dafür danke ich Ihnen ganz herzlich. Das ist für uns eine Arbeitserleichterung. Die Stellungnahmen liegen auch noch im Eingangsbereich aus, falls noch Bedarf besteht.

Dies ist keine direkte Anhörung, sondern ein Expertengespräch. Das heißt, es ist kein Statement vorgesehen. Wir werden gleich mit der Fragerunde beginnen. Ich bitte die Abgeordneten, die Sachverständigen direkt anzusprechen mit ihrer Frage. Der zeitliche Rahmen sollte tatsächlich 60 Minuten nicht überschreiten.

Dazu hatte sich Herr Bell schon gemeldet, bitte schön.

Dietmar Bell (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Auch erst einmal ganz herzlichen Dank an Herrn Professor Dr. Ackermann und an Herrn Professor Dr. Koch, dass Sie sich die Zeit nehmen, heute diese Fragen mit uns noch einmal etwas intensiver zu beleuchten. Meine erste Frage geht an Professor Dr. Ackermann. Herr Professor Ackermann, Sie sprechen sich ja in Ihrer Stellungnahme sehr stark für den Ausbau strategischer Partnerschaften zwischen Hochschulen der EU und dem Vereinigten Königreich aus. Was sollte aus Ihrer Sicht nun Schwerpunkthinhalte dieser Partnerschaften sein? Einige Beispiele haben Sie angeführt, aber uns würde natürlich auch Ihre Erfahrung im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit mit der Universität Cambridge interessieren. Sie haben da ja durchaus Erfahrungen aus Ihrer Arbeit heraus. Insoweit wäre, glaube ich, dieser Erfahrungsrückblick auch nochmal ganz wichtig, um zu schauen, was sich aus Ihrem Arbeitszusammenhang und aus dem, was Sie in den letzten Monaten und Jahren erlebt haben, für ein Sinn einer solchen strategischen Entwicklungspartnerschaft erschließen lässt.

Sie selber sagen auch, dass die Notwendigkeit besteht, dass hierzu sinnvollerweise ein Förderprogramm des Landes aufgelegt werden sollte. Sie sprechen sich dabei für ein wettbewerbliches Verfahren aus im Rahmen der entsprechenden Fördermöglichkeiten. Da würde ich nochmal wissen wollen: Warum sprechen Sie sich im Schwerpunkt stark für ein wettbewerbliches Verfahren entsprechend aus?

Eine Frage habe ich noch, die, glaube ich, auch wichtig ist. Wir sprechen durchaus über einen föderalen Wettbewerb in dieser Frage. Wie zeitkritisch bewerten Sie entsprechend Initiativen, die an den Start gebracht werden müssten, um im Grunde dann auch mit einem föderalen Wettbewerb „state of the art“ zu sein?

Meine weiteren Fragen gehen an Herrn Professor Dr. Koch. Ich fange an mit der Frage der zeitlichen Dimension. Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben, dass Sie anbieten, im Rahmen der Enquetekommission, deren Arbeit ich natürlich auch sehr schätze und auch kenne, auf Leitungsebene zügig Ablösungsmöglichkeiten entsprechend zu erarbeiten. Trotzdem würde mich interessieren, welche zeitliche Dimension Ihnen entsprechend vorschwebt. Wenn man weiß, dass eine Enquetekommission ungefähr zwei Jahre arbeitet, bis die Handlungsempfehlungen vorliegen, wenn nach dem Zeitplan, der bis ungefähr Dezember 2020 geht, dann Handlungsempfehlungen diskutiert werden, dann sind wir nochmal ein Stückchen weiter. Insoweit ist die Frage: Ist das eine zeitliche Dimension, wenn wir davon ausgehen – die Frage, wann der Brexit kommt, ist immer noch nicht beantwortet ... Nehmen wir einmal den Worst Case an: Ist das eine zeitliche Dimension, die dann einzuhalten wäre? Und in dem Zusammenhang natürlich auch die Frage, ob es hierzu Gespräche mit dem Land oder auch mit dem Brexit-Beauftragten des Landes konkret gibt?

Sie haben sich dann für einen gemeinsamen Fördertopf auf Landes- oder Bundesebene entsprechend ausgesprochen. Mich würde interessieren von dem Sprecher der Landesrektorenkonferenz: Gibt es auf der Bundesebene hierzu aktuell konkrete Gespräche? Ansonsten wären wir hier auf die Landesebene entsprechend verwiesen. Wäre es aus Ihrer Sicht nicht sinnvoll – wir haben Verständnis, dass man bestimmte Sachen jetzt noch nicht konkret abschätzen kann und man sicherlich auch Strategieentwicklung ein Stück weit auch noch bearbeiten müsste –, im Haushalt 2020 möglicherweise mit Verpflichtungsermächtigungen zu arbeiten, die das Land in die Lage versetzen würden, auch Gelder auszuloben, falls es zum Beispiel zu einer Verabredung zwischen der Landesrektorenkonferenz, den Forschungsinstituten und dem Land käme, um hier ein Strategieprojekt auf den Weg zu bringen.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Herr Bell. Das waren sehr komplexe, umfassende Fragen. Ich würde dann Herrn Professor Dr. Koch und Herrn Professor Dr. Ackermann bitten – vielleicht in dieser Reihenfolge –, die Fragen zu beantworten. – Vielen Dank.

Prof. Dr. Dr. h.c. Lambert T. Koch (Vorsitzender der LandesRektorenKonferenz der Universitäten in NRW, Rektor der Bergischen Universität Wuppertal): Vielen Dank, Herr Bell, für die Fragen. Sie haben natürlich völlig zu Recht gesagt, dass es sehr wichtig ist, erst einmal zu wissen, was jetzt passieren wird. Das ist ja nun ein bisschen wie Roulette. Es fallen dauernd andere Zahlen, und es ist immer neu auszu-deuten, was das dann für uns heißen kann. Im Moment gehen wir davon aus, dass es vielleicht doch nicht zu einem No-Deal-Szenario kommt. Nichtsdestotrotz müssen wir uns entscheidungsbaumäßig vorbereiten für beide Szenarien oder vielleicht sogar für das Dritte, dann wäre nichts zu tun, wenn alles so bleibt, wie es ist.

Wenn wir von den beiden anderen No Deal oder Deal ausgehen, dann ist es natürlich sinnvoll, mit entsprechenden Empfehlungen nicht zulange zu warten, um möglichst schnell, ob das jetzt die Enquetekommission ist, ob das Gespräche auf subalternen Ebenen mit dem Ministerium und anderen sind, vorbereitet zu sein. Ich kann dahin gehend sagen, dass tatsächlich eine Reihe von guten Gesprächen läuft. Mit dem MKW und dem entsprechenden Fachreferat haben wir uns zusammengesetzt und über wichtige Dinge gesprochen. Es sind ja, wie Sie wissen, auch sowohl auf der Bundesebene als auch auf der Landesebene Seiten geschaltet, insbesondere auch für Studierende, die jetzt möglicherweise Ängste haben. Wie sieht das aus mit meinem Austausch oder mit den schon gestarteten Auslandsstudien? Für all das gibt es natürlich schon Antworten.

Auf der anderen Seite sind die großen strategischen Fragen, die auch Herr Ackermann in seinem Papier beleuchtet, möglicherweise noch nicht ausreichend bedacht. Das ist insbesondere die Frage, die auch Frau Allmendinger anschneidet in dem vielzitierten Artikel „Inwieweit gibt es jetzt besondere Chancen, sich mit britischen Universitäten mehr noch als bisher zu alliieren?“.

Wir haben zwischen NRW-Universitäten und britischen Universitäten über 200 zum Teil sehr gut laufende Kooperationen auf ganz unterschiedlichen Ebenen, zum Teil mit Studierendenaustausch, zum Teil mit Forschungen, meine eigene Universität beispielsweise mit Cambridge. Das heißt, da wäre vor allem die Frage: Sind die schon Laufenden gefährdet? Jeder, der sich vor Ort mit solchen Fragen befasst, wird wissen, dass man nicht per Fingerschnipp mal eben zu kooperieren anfängt, sondern gerade strategische, um die es geht, Kooperationen bauen immer auf vorhandene Strukturen auf. Und auch die vielzitierte Berliner Initiative mit Oxford baut auf zahlreiche, über Jahrzehnte gewachsene Strukturen auf. Die haben das natürlich jetzt geschickt genutzt, sie haben sozusagen den „Kairos“ genutzt, um daraus noch mehr zu machen, um das noch mehr zu institutionalisieren.

Ob so etwas auch möglich ist, darüber muss jede einzelne Uni sprechen. Dann wird auch erst darüber zu reden sein, inwieweit es hier Sinn macht, das, weil es dann eben schnell gehen muss, unter Umständen auch noch monetär zu alimentieren, zu subventionieren. Ich wäre aber nicht für irgendeine Rasenmähermethode, ich bin auch kein sehr großer Freund davon, an solchen Stellen nochmal irgendeinen Wettbewerb einzuführen, weil Wettbewerbe immer sehr viel Ressourcen bei den Hochschulen ziehen, die sowieso schon, wie Sie wissen, bis aufs Äußerste angespannt sind durch die Überauslastungen, was die Studierenden anbetrifft usw. Die jetzt nochmal in einen Wettbewerb zu schicken wegen einer Situation, die sie ja nun wirklich nicht verschuldet haben, das wäre nicht gut. Aber mit Augenmaß zum Beispiel im Zusammenhang mit Verhandlungen, die sowieso laufen, mit dem Ministerium darüber zu reden, ob hier strategische Weiterentwicklungen möglich sind, das ist durchaus sinnvoll.

Also: Ausgangspunkt war ja erst einmal die Frage „Zeitkritik“. Ja, wir sollten schnell weitermachen, ich sage aber auch weitermachen, weil wir nicht bei null anfangen, sondern weil, wie ich geschildert habe, schon vieles gestartet wurde, was aus meiner Sicht in die richtige Richtung geht.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank. – Herr Prof. Dr. Ackermann.

Prof. Dr. Thomas Ackermann (Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht, Direktor der strategischen Partnerschaft mit der Universität Cambridge von Seiten der LMU München): Auch ich darf mich für die Frage oder das Erfragen bedanken und bitte darum, Ergänzungsfragen zu stellen, falls ich nicht vollständig auf das eingehe, was Sie mich gefragt haben.

Zunächst zum Thema der „Schwerpunktsetzung“. Natürlich ist eine strategische Partnerschaft als solche erst einmal nicht mit fachlichen Schwerpunktsetzungen verbunden, sondern das ist jeweils im Wesen der Universitäten, die sich darum bemühen, angelegt, dass man zu unterschiedlichen Schwerpunkten kommt. In München ist es beispielsweise so, dass sich das jetzt erst ausmendet. Vielleicht eine Randbemerkung: Der Beginn einer strategischen Partnerschaft ist auch ein Erforschungsprozess für die eigene Universität, weil dadurch bestehende Kontakte erst sichtbar für die Hochschulleitung zutage gefördert werden.

Es war beispielsweise so, dass Überlegungen und Nachforschungen der Hochschulleitungen in Cambridge und der LMU München vor Eingehung der Partnerschaft gut 30 kontinuierliche Kontakte zutage gefördert hatten. Als wir den ersten Call für Projekte gemacht hatten, haben wir gleich 68 Anträge bekommen, die ein wesentlich höheres Maß an bestehenden Kontakten zutage förderten, als der Hochschulleitung eigentlich bekannt war. In dem Sinne erfährt man da erst viel mehr. Man weiß ja gar nicht genau, was die Leute alle machen an der Universität. Und das war schon mal ganz erfreulich. Die Hoffnung bei unserer strategischen Partnerschaft und auch bei der in Berlin oder TU München oder wer auch immer da welche hat, ist natürlich, dass man im Laufe eines Zeitraums von drei bis fünf Jahren bestimmte inhaltliche Schwerpunkte dann auch setzen kann.

In allgemeinerer Form kann man sagen, solche Partnerschaften haben, soweit ich das sehe, nicht den Zweck, einen möglicherweise wegbrechenden Studierendenaustausch im Sinne von Erasmus zu kompensieren – das können wir universitär überhaupt nicht stemmen –, sondern es geht um Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – allerdings, was die LMU betrifft, nicht nur mit der Perspektive gemeinsamer Forschung, sondern auch mit der Perspektive gemeinsamer Beteiligung in der Ausbildung auf Postdoc-Ebene, Graduiertenebene und auch auf Undergraduate Level. Eine Zielvorstellung, die wir mit diesem Vorhaben verbinden, ist beispielsweise auch, sofern es die rechtlichen Rahmenbedingungen zulassen, die Schaffung gemeinsamer Studiengänge, etwas weniger anspruchsvoll Einfügung von Modulen aus der Partneruniversität in die eigenen Studiengänge gemeinsam mit Doktorandenschulen. Das sind Dinge, die wir auch mit in das Programm aufnehmen.

Es gibt andere Partnerschaften, die möglicherweise enger geführt sind, auch Forschungsprojekte mit leicht messbaren Zielgrößen, Eingabe von Drittmitteln. Das haben wir bewusst nicht gemacht, sondern wir gehen weiter, aber wir gehen nicht so weit, dass wir sagen: Studierendenaustausch wird finanziert.

Zum Thema „Förderung, Wettbewerb, Länderebene, Zeithorizont“: Zunächst einmal kann man sagen, der föderale Wettbewerb ist in dieser Hinsicht nicht sehr weit fortgeschritten. Soweit ich weiß, hat bisher nur die Partnerschaft der Berliner Universitäten und der Charité mit der Universität Oxford eine besondere Zuwendung in Gestalt der Zurverfügungstellung eines Gebäudes, wohl an der Invalidenstraße bekommen, was von hoher Hand einfach so entschieden wurde. In Bayern hat sich bisher in dieser Hinsicht nichts ergeben, auch nicht speziell bezogen auf München. Von anderen Bundesländern ist mir da auch nichts bekannt.

Gleichwohl glaube ich, dass der Zeithorizont zur Eile drängt, und zwar möchte ich das gern mal umkehren. Solange das Damoklesschwert des Brexits über uns hängt, weil man nicht genau weiß, was passiert, ist die Kooperationsbereitschaft britischer Universitäten extrem groß. Bisher war es so, dass wir vonseiten deutscher Universitäten, gerade gegenüber den renommiertesten britischen Hochschulen eher in der Inferiorrolle aufgetreten sind. Und da muss man sich nur die einschlägigen internationalen Rankings ansehen. Da muss man sich nur die Statistiken über Nobelpreisträger, ERC-Grants und sonstige aussagefähige Größen anschauen, da weiß man schon, wer sich in der Rolle der kleineren Institutionen oder der weniger wichtigen befindet.

Das hat sich durch den drohenden Brexit deutlich geändert. Ich weiß, dass die Initiative zu den Partnerschaften Oxford – Berlin und auch Cambridge-LMU ganz klar von der britischen Seite ausgegangen sind, die uns regelrecht bedrängt haben, sofort etwas zu unternehmen. Das ist natürlich nicht komplett altruistisch, sondern auch bedingt durch den Wegfall von EU-Fördermitteln. Aber, warum soll man sich diese günstige Gelegenheit nicht zunutze machen? Das heißt, mein Argument ging eher in die Richtung. Solange diese Ungewissheitslage besteht, gibt es gerade auf britischer Seite eine enorme Kooperationsbereitschaft. Und warum soll man das Eisen nicht schmieden, solange es heiß ist? Wenn es anschließend nicht zum Brexit käme, also die Artikel-50-Erklärung widerrufen würde, was vielleicht nicht der wahrscheinlichste Fall ist, hat man Grundlagen für eine intensiviertere Zusammenarbeit geschaffen.

Punkt 2, Bund – Länder: Natürlich würde man im ersten Zugriff sagen, ja, an sich ist der Bund in diesen Außenbeziehungen mit entsprechenden föderalen Institutionen am Zuge. Ich will auch den DAAD natürlich ausdrücklich nennen. Aber ich sehe durchaus auch eine Möglichkeit für die Bundesländer, sich in dieser Hinsicht zu profilieren, so wie es Berlin extrem medienwirksam – muss man sagen – auch gemacht hat.

Warum ein wettbewerbliches Verfahren, Herr Koch, der sicher mehr Erfahrung hat als ich als einfacher Professor, sagt: „Das ist schon wieder eine Belastung“, das ist sicher richtig. Ich sehe nur ein Problem bei Flächenstaaten wie Nordrhein-Westfalen oder Bayern, so vorzugehen wie Berlin. Wenn sich hier der Ministerpräsident hinstellte und sagen würde: Wir fördern eine Partnerschaft der Uni Bonn, indem wir ein regionales Schlösschen der englischen Partneruni zur Verfügung stellen, dann ging ein Aufschrei durch das Land. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es in großen Staaten wie Nordrhein-Westfalen und auch Bayern so zugehen kann, sondern, wenn so etwas überhaupt eine Aussicht auf Realisierung haben soll, muss man allen die Chance geben, Interesse zu signalisieren und sich zu bewerben in einem hoffentlich schlanken Ver-

fahren. Ich halte es sonst für sehr schwierig, einfach freihändig Mittel, Gebäude, sonstige Ressourcen über irgendwelche besonders bevorzugten Unis auszuschütten. Das halte ich einfach für unrealistisch, auch wenn ich aus der Perspektive eines Professors der LMU immer sagen müsste: In Bayern wüsste ich schon, wo das Geld hingehört, nämlich zu uns oder zur TUM. Aber das ist nun etwas, was sich in der politischen Arena wohl kaum vertreten lässt. Das ist der Grund, warum ich das so vertreten habe.

Helmut Seifen (AfD): Vielen Dank, Herr Prof. Ackermann. – Ich möchte als Sprecher der AfD auch meine Fragen stellen, Herr Professor Ackermann. In Bayern hat man doch genügend Schlösser, da wäre sicher noch eins übrig. Aber jetzt mal ernsthaft: Sie haben einen Teil meiner Fragen vielleicht auch schon beantwortet. Ich will sie trotzdem nochmal stellen, weil sich da vielleicht noch perspektivisch etwas weitet, und zwar: Wie hoch ist der Handlungsdruck tatsächlich? Ich stelle mir Universitäten so vor, dass sie in ihrer Freiheit der Forschung selbstverständlich weltweit zu Wissenschaftlern Kontakt halten, zu Lehrstühlen Kontakt halten und sich daraus auch Kooperationen ergeben. Wie hoch ist der Handlungsdruck tatsächlich? Und wird durch den Brexit – ich weiß, dass ich jetzt ganz etwas Böses sage, aber ich sage es trotzdem – die Intensität von Partnerschaften zwischen deutschen und englischen Universitäten nicht sogar intensiver? Ist nicht geradezu eine Entfesselung, eine Intensität, eine Intensivierung der Zusammenarbeit möglich?

Und ein Letztes: Ich weiß nicht, ob ich das von Ihnen verlangen kann: Gibt es außer Berlin, was immer wieder erwähnt wird, wo die Partnerschaft ja offenbar von der Stadt gefördert wird, einen Überblick über Partnerschaften, die Universitäten haben, oder ist das unmöglich, das herauszufinden? – Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Seifen: Die Frage geht zunächst an Sie, Herr Professor Ackermann, aber wenn Herr Professor Koch noch etwas dazu beitragen kann, selbstverständlich gerne. – Vielen Dank.

Prof. Dr. Thomas Ackermann (Direktor der strategischen Partnerschaft, LMU München): Vielen Dank für diese Fragen. Zunächst einmal: Ist es nicht eigentlich eine Förderung oder eine gesteigerte Intensität der Zusammenarbeit, die durch den Brexit ausgelöst wird? Vorausschicken möchte ich: Natürlich haben wir wissenschaftliche Kontakte zu Hochschulen aus allen möglichen Jurisdiktionen und natürlich auch zu solchen – teilweise recht intensiv –, mit denen in Wahrheit der wissenschaftliche Austausch recht schwer ist, beispielsweise mit führenden Universitäten der Volksrepublik China, deren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter teilweise recht schwierigen Bedingungen operieren.

Gleichwohl würde ich nicht sagen, dass das institutionelle Abrücken des Vereinigten Königreichs die Partnerschaft mit britischen Universitäten vereinfacht. Das liegt schon allein daran, dass die Möglichkeit, bestimmte Projekte unter dem Dach der EU und mit der Förderung der EU zu verfolgen, dann nicht mehr so zu realisieren ist. Das ist ein Problem, weil britische Universitäten dann nur noch als Nicht-EU-Partner hinzukommen können und die Förderungsmöglichkeiten insoweit sehr begrenzt sind.

Hinzu kommen einfach praktische Probleme, die sich innerhalb der EU wesentlich leichter bewältigen lassen. Ich nenne nur, ohne dass ich in dieser Hinsicht jetzt Experte wäre, den Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf zeitlich begrenzter Basis für ein paar Monate. Wenn Sie das mittendrin stark machen, ist das eine relativ aufwändige Sache. Ich erinnere mich daran, dass ich für einen ausländischen Gast mühsam erst einmal, wenn er aus einem Drittstaat kam, in Deutschland ein Konto einrichten musste, um – Geldwäschekontrolle mäßig abgesichert – irgendwelchen Honorarzahungen hinzubekommen. Das alles ist innerhalb der EU eingespielt, geht einfach und wird sich, insbesondere wenn es zum No-Deal-Brexit kommen sollte, wesentlich erschweren. Insgesamt sehe ich, abgesehen davon, dass ich als Europarechtler natürlich viel Arbeitsmaterial finde, im Brexit als solchem zunächst mal ein Risiko für Partnerschaften, weniger eine Chance.

Ihre letzte Frage betraf den Überblick über Partnerschaften. Ich habe keinen Überblick über Partnerschaften. Ich höre von strategischen Partnerschaften, besonders ambitionierten Projekten, die im Zusammenhang mit dem Brexit eingegangen wurden. Es gab vor einigen Monaten einen Artikel darüber in der „Deutschen Universitätszeitung“, an den erinnere ich mich, für den habe ich auch Rede und Antwort gestanden. Ich weiß nur anekdotisch von diesen Partnerschaften wie unserer, der Partnerschaft der TU mit dem Imperial, den Dingen, die halt in Ihren Papieren auch zitiert sind, ohne dass ich da einen kompletten Überblick hätte.

Wir selber schauen natürlich immer nach Berlin, was da gemacht wird, und sehen, dass das in der finanziellen Größenordnung, in der Größenordnung der Projekte fast genauso ist wie bei uns. Das beruhigt uns einstweilen. Aber einen näheren Überblick habe ich nicht.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Herr Professor Ackermann. – Herr Professor Koch.

Prof. Dr. Dr. h.c. Lambert T. Koch (Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW, Rektor der Bergischen Universität Wuppertal): Ich kann das vielleicht noch ergänzen. Eine allgemeine Bemerkung, mit der man auch hätte heute beginnen können, die ein bisschen den Handlungsdruck und auch die politische Agenda beschreibt: Es ist immer die Frage, wie wird ein Wissenschaftsraum definiert? Man kann ihn institutionell definieren, man kann auch fragen: Wie wird er von außen wahrgenommen? Und von außen wird im Moment der europäische Wissenschaftsraum ganz klar so wahrgenommen, dass ein ganz starker Player darin die Briten sind.

Wir haben heute sehr viel mehr als früher einen Wettbewerb der Wissenschaftsräume, den US-amerikanischen, den chinesischen, vielleicht noch den indischen und eben den europäischen. Insofern kann man jetzt lange institutionell hin und her überlegen, wie man das im Fall eines Brexits jetzt definieren will, mit welchen Sonderregeln. Wir werden diesen Imageschaden haben. Da können wir weder auf Landes- noch auf Bundesebene etwas machen. Wenn überhaupt, ist das eine Frage der Verhandlungen auf der EU-Ebene mit den Briten, ob wir das noch abwenden können. Also richtig heilen

können wir das nicht, auch wenn der Deal noch so geschickt ist. Das muss man einfach sagen, und da spielt dann ganz viel eine Rolle. Dann ist die Frage, wie die anderen Wissenschaftsräume jetzt die Situation beurteilen. Wird man sich mehr an Kontinentaleuropa halten, oder werden die Briten zunehmend eine eher noch stärkere Rolle bekommen, weil sie nun mal – das hatte Herr Ackermann eben gesagt – an vielen Stellen enorm reüssieren, weil sie Spitzenuniversitäten in den Top 100 haben, egal, welches internationale Ranking man nimmt, weil sie die vielen Nobelpreisträger in der Vergangenheit und aktuell haben. Das ist eine ganz große Gefahr jenseits der Tagespolitik.

Zu dem anderen, was Sie gesagt haben: Vieles kann man nicht zählen, das ist auch bei uns nicht so im Detail gezählt. Aber ich hatte schon gesagt, es gibt deutlich über 200 funktionierende Kooperationen. Auf der anderen Seite ist das, was Frau Allmendinger sagt, neben dem, dem ich auch zustimme, was sie aber sagt zu der Frage, was mit britischen Wissenschaftlern ist und vielleicht auch deutschen in Großbritannien, die, so suggeriert sie das, lieber heute als morgen dann alle hier hereilen würden, das kann ich überhaupt nicht so sehen. Ich glaube, Sie haben das ähnlich auch gesagt. Dazu muss man sich einmal die Forschungsbedingungen in Großbritannien anschauen, und das mit unseren vergleichen. Wir haben da bisher relativ gejammert, aber wenn man mal sieht, was so die Lehrbelastungen anbetrifft, das ist viel weniger, was die administrative Belastung – wir werden immer noch jammern, aber im Moment nicht – in der Selbstverwaltung anbetrifft, ist so viel mehr hier. Ein Spitzenwissenschaftler, der freiwillig hier hingehet, den müssen Sie mir erst einmal nennen. Wenn wir dann vielleicht plötzlich doppelt so viel Gehalt zahlen können, aber da müssten wir, glaube ich, auch erst einmal mit dem Finanzminister reden. Das sehe ich nicht.

Wir haben um die 600 britische Studierende, meine ich, hätte ich aus Ihrem Hause gehört, Frau Storsberg. Das ist sehr wenig. Das sind, glaube ich, 0,6 % aller ausländischen Studierenden. Die Zahl der britischen Studierenden, die jetzt hierherdrängen, wird nach dem Brexit nicht viel höher liegen. Auch davon gehe ich aus.

Es bleibt eben das große Interesse natürlich, vielleicht Rosinen zu picken und eben an Fördergelder zu kommen. Das kann man nutzen, aber man kann sich da auch andere Möglichkeiten noch denken. Ich meinte vorhin, es muss schon etwas vorhanden sein, was das Interesse ausmacht, miteinander zu kooperieren. Es müssen Strukturen und Personen da sein, an die man sich wendet, mit denen man zusammenarbeiten will, ob man nicht eben zum Beispiel überlegt, dass man auch auf Bundesebene über den DAAD und über die DFG Programme auflegt zu bestimmten aktuellen Fragen und Themen, von denen wir wissen, dass die Briten traditionell stark sind. Dann muss man natürlich die Programme entsprechend ausgestalten, sodass es für die Briten auch attraktiv ist, gemeinsam zu kooperieren. Ich würde eher über Themen, über Inhalte kommen und dann gerne strategische Partnerschaften. Aber eine strategische Partnerschaft ohne einen Unterbau wird nicht von Dauer sein, wird nicht nachhaltig sein.

Da kann man mal schön ein „rotes Band“ zerschneiden und sich feiern lassen, aber es muss, wenn man den ganzen Aufwand rechtfertigen will und vielleicht auch die Fördergelder, nachhaltig sein. Insofern würde ich das, was Herr Ackermann sagt, ergänzen.

zen. Es ist nicht falsch, aber ich würde es ergänzen, und anregen, nicht nur auf Landes-, sondern eben auf Bundesebene passende Programme über die Fördereinrichtungen und Institutionen, die wir haben, aufzulegen. Und das vielleicht auch vom Land anzuregen.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Herr Professor Koch. – Herr Tigges!

Raphael Tigges (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vielen Dank zunächst einmal für Ihre Ausführungen. Es wurden sehr interessante Aspekte aufgeführt, die sehr hilfreich sind in der Beurteilung der Situation. Wir haben hier im Hause die Enquetekommission, die seit geraumer Zeit tagt. Sie wird sich noch einige Zeit mit dem Thema „Brexit“ beschäftigen und dann auch nach einiger Zeit Empfehlungsberichte vorlegen müssen. Da sind wir auch in einem festen Verfahren eingebunden, da tauschen wir uns ja auch aus zu diesen Themen. Insofern, glaube ich, sind die Hinweise nochmal ganz wertvoll, das aufzunehmen. Wir sollten sicherlich gucken, dass man auch die Enden hier in der Enquete oder auch thematisch in anderen Ausschüssen diskutiert und wir im Europaausschuss oder wo auch immer versuchen, das zusammenzubinden. Aber insofern freue ich mich auf eine weitere Zusammenarbeit mit Ihnen.

Ich habe allerdings nochmal eine Frage hinsichtlich der gemeinsamen Strategie an Professor Ackermann. Wie würden Sie die Bereitschaft der Universitäten einschätzen, sich tatsächlich einer gemeinsamen Strategie zu unterwerfen? Wir haben ja die Hochschulautonomie und setzen sehr viel auf eigenständiges Agieren unserer Hochschulen. Ich könnte mir schwerlich vorstellen, dass man da jetzt tatsächlich große Bereitschaft zu einer gemeinsamen Strategie zeigt – weil ja auch die Lage der Hochschullandschaft höchst unterschiedlich ist –, sich an einen Tisch zu setzen und zu einer gemeinsamen Lösung zu finden, zu einer gemeinsamen Strategie, oder betrachten wir es tatsächlich dann an der Stelle mehr abstrakter?

Dann nochmal die Frage, warum eine gemeinsame Strategie, insbesondere mit Blick auf Großbritannien, auf das Vereinigte Königreich jetzt zu entwickeln: Müssten wir da nicht auch theoretisch mit anderen Drittstaaten, wo es ja durchaus auch funktionierende Kooperationen gibt, genauso gut Strategien aufzusetzen, ob mit US-Universitäten oder wo auch immer, wo wirklich erfolgreiche Partnerschaften laufen, und das dann auch tun? Wäre es nicht inkonsequent, wenn wir das jetzt auf das Vereinigte Königreich explizit beschränken? Natürlich ist der Brexit akut, es ist ein Sonderfall, hier tritt ein Land aus der Europäischen Union aus. Großbritannien hat eine besondere Bedeutung. Nur dann müsste man auch theoretisch an anderen Stellen tatsächlich tätig werden.

Ich stelle meine Frage zu den Bundesländern auch nochmal an Professor Koch. Woran kann man das denn festmachen, dass auch in anderen Bundesländern nicht gerade überbordende Aktivitäten jetzt erkennbar wären, diese Strategien zu entwickeln. Warum geht Berlin jetzt diesen Sonderweg beispielsweise oder jetzt der Einzelfall, wie er aus München geschildert wurde, wo man das jetzt sehr intensiv macht, aber woran sich das Land Bayern nicht sonderlich beteiligt. Warum denken die dann vielleicht, was

hier im Antrag ja suggeriert wird, dann auch ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen an der Stelle.

Oder nehmen sie auch wahr, dass britische Partner beispielsweise – das wäre nochmal eine weitere Frage, die hier andocken würden – sich jetzt schon zurückhaltender zeigen in der Zusammenarbeit? Ich habe es gerade den Ausführungen von Prof. Ackermann entnommen, im Gegenteil: Eigentlich kommt jetzt eine Dynamik rein, wo man sich vielleicht noch enger anbindet als bisher. Oder stellt man tatsächlich fest, es würde jetzt in eine andere Richtung gehen? Das würde sich jetzt ein Stück weit widersprechen. – Das wären meine Fragen erst einmal an dieser Stelle.

Vielleicht nochmal an beide gerichtet, Zeithorizont, diese strategische Partnerschaft, hier auch versehen durch einen Antrag, 2020 dann Berichte vorzulegen. Ist das tatsächlich sinnvoll, oder müssen wir nicht einfach konkrete Ergebnisse aus dem Vereinigten Königreich abwarten, wohin der Weg führt?

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Herr Tigges. – Bitte, Herr Prof. Dr. Ackermann.

Prof. Dr. Thomas Ackermann (Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht, Direktor der strategischen Partnerschaft mit der Universität Cambridge von Seiten der LMU München): Vielen Dank für diese Fragen. Zunächst zum Stichwort „gemeinsame Strategie“: Sie haben selbstverständlich recht, dass es Vorstellungen universitärer Autonomie zuwiderlaufen würde, wenn man als Land irgendwelche Vorgaben machen würde, in welche Richtung Auslandskontakte zu gehen hätten. Ich verstehe „gemeinsame Strategie“ immer nur als ein Angebot. Natürlich müssen Hochschulen das wollen, und, um genau zu sein, müssen das Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Hochschulen wollen. Das gilt beispielsweise auch für die LMU. Ich sehe mich auch als Direktor der strategischen Partnerschaft nicht in der Rolle desjenigen, der Kollegen und Kolleginnen in irgendeiner Form dazu treiben könnte, etwas zu tun – genauso wenig wie auf der anderen Seite.

Wir sehen einfach nur, wo sich Interessen herausbilden. Wir sehen uns dann auch in Anbetracht der großen Nachfrage in der Position derjenigen, die auswählen müssen. Beispielsweise mussten jetzt 69 Projektanträge runterkondensiert werden auf 42 Projekte. Das wird in Zukunft noch weniger werden, was wir dann fördern, sodass man am Ende vielleicht auf 20 bis 30 Aspekte kommt, die man fördert, aber es ist immer nur ein Angebot. Man kann immer nur sagen, das ist eine günstige Gelegenheit. Das ist ein Angebot: Welche Hochschulen würden das gerne machen wollen?

Zu Ihrem Punkt – Nordrhein-Westfalen ist da ja in guter Gesellschaft mit Bayern, das bisher nichts gemacht hat. Das ist sicher richtig. Man kann natürlich manches auch erklären aus dem Wechsel in der politischen Konstellation in Bayern. Es ist sicherlich kein Geheimnis, dass unter der Beteiligung der Freien Wähler an der Koalitionsregierung die Interessen des flachen Landes oder auch des bergigen Landes gegenüber der „bösen“ Metropole München etwas in den Vordergrund gerückt sind. Es hat aber insoweit schon ein kleiner Prozess des Umdenkens eingesetzt, und zwar bedingt

durch den Schock der Exzellenzstrategie, die zu dem Ergebnis geführt hat, dass, um mal hier einen landesspezifischen Vergleich zu wagen, die Universität Bonn alleine so viel Cluster gewonnen hat wie ganz Bayern, und die sind dann auch wiederum im Wesentlichen in München versammelt. Wenn man Spitzenforschung in Bayern leiten möchte, darf man eben auch nicht dafür sorgen, dass Mittel nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet und verteilt werden. Diese Einsicht macht sich jetzt unter der gegenwärtigen Regierung auch allmählich breit, sodass Hoffnung besteht, dass strategische Partnerschaften, die nun mal in Bayern primär von den beiden großen Münchener Unis betrieben werden, vielleicht dann doch ein bisschen abbekommen können, ohne dass man gleich Angst haben muss, dass die anderen bayerischen Stämme sehr benachteiligt werden. Ich habe auch Hoffnung, dass sich in Bayern etwas bewegt. Habe ich noch etwas unbeantwortet gelassen? – Gut, danke.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Ackermann. – Herr Professor Dr. Koch, bitte schön.

Prof. Dr. Dr. h.c. Lambert T. Koch (Vorsitzender der LandesRektorenKonferenz der Universitäten in NRW, Rektor der Bergischen Universität Wuppertal): Was die britischen Partner anbetrifft, so kann ich sagen – ich habe mich da auch umgehört, auch bei anderen Mitgliedsuniversitäten –, dass dort in den Projekten business as usual herrscht. Da ist also keine gesteigerte Aufregung. Auf der anderen Seite stellen wir fest, dass es Agenturen gibt, die von britischen Universitäten beauftragt sind, konkret auch an deutsche Universitäten heranzutreten, um über Partnerschaften gemeinsam nachzudenken. Ich habe das mal mitgebracht, zum Beispiel über „Dual Degree Programms“, über „Joint Research Projects“, über „Students‘ Mobility“ oder „Microhub“, das ist jetzt konkret eine Agentur „Cormack Consultancy Group“. So habe ich das auch von anderen Universitäten gehört, dass solche Ansinnen da sind und dass man das relativ professionell auch machen lässt und nicht direkt jetzt einzeln vorgeht. Es wäre ein schwieriges Verfahren, wenn man auf gut Glück an Einzelne herantritt. Das stellt man fest, aber wie gesagt: Die Projekte selbst laufen ruhig und so, wie sie sollen.

Dann die Frage: Was ist mit den anderen Bundesländern? Es ist nicht so, dass da gar keine Bewegung ist, aber dort geht es unaufgeregt zu, habe ich den Eindruck. Ein bisschen natürlich vielleicht auch, weil das Prinzip Hoffnung immer noch vorherrscht, dass doch noch alles gutgeht. Es ist ja immer interessant bei solchen Dingen, dass das manchmal bis zum letzten Tag so ist, bis man dann feststellt, dass die Börsen crashen und dass doch nicht alles so ist, wie man es sich erhofft ist. Das ist das Eine.

Bei den bestehenden Partnerschaften geht man davon aus, dass die auch weiter bestehen werden. Die sind auch nicht alle von irgendwelchen konkreten Förderprogrammen abhängig. Das sind lange gewachsene Partnerschaften zum Teil, und man kann sagen: Förderprogramme kommen und gehen. Natürlich hofft man immer darauf, dass das eben auch finanziell alimentiert wird. Aber das ist jetzt nicht alles.

Ein weiterer Grund, den man nennen muss, ist, dass Übergangsfristen auch definiert sind, zum Teil auch von der britischen Regierung zumindest in Aussicht gestellt werden. Das betrifft vor allem eben auch all das, wo unsere Studierenden vielleicht Angst haben, dass ihnen – ich habe es am Anfang gesagt – da Chancen entgehen. Da sind Übergangsfristen definiert, die zum Teil das Jahr 2020 noch einbeziehen. Das müsste man jetzt unterschiedlich durchgehen. Ich habe auch vieles dabei. Aber ich denke, so detailliert müssen wir das hier nicht diskutieren.

Und ein Viertes, das meistens hinter den Kulissen läuft, was Sie, wenn Sie das einfach nur oberflächlich beobachten, gar nicht so wahrnehmen, was auch in den Medien gar nicht so aufgenommen wird, das sind rechtliche Detailfragen, bei denen schon sehr intensiv geschaut wird – darüber habe ich auch schon mit unserem MKW gesprochen. Das sind zum Beispiel Fragen, die durch veränderte Datenschutzregeln bei einem Brexit relevant werden.

Wenn wir mal ein Beispiel nehmen: Wir haben eine Kooperation, in der geht es um ein digitales Editieren zusammen mit der Universität Cambridge, die dann das Ganze nach einer Zeit auch hosten sollen. Das war aber eine Abmachung, die noch vor dieser Entwicklung getroffen wurde. Wie ist das dann? Haben wir dann trotzdem, wenn das, was wir gemeinsam erarbeitet haben, von dort gehostet wird, die gleichen Rechte, oder ist dann sehr viel schwieriger? Und so ist das vielleicht auch bei gemeinsam beschafften Großgeräten, bei Nutzungsverträgen, die es gibt, wo man überprüfen muss, ob man dann Zusatzklauseln definieren muss usw. Das sind aber mehr Detailfragen. Darüber, wie gesagt, muss man jetzt laufend schon nachdenken. Das macht überhaupt keinen Sinn, jetzt mal abzuwarten, kommt es, oder kommt es nicht, sondern das muss laufen.

Was ansonsten die Frage Zeithorizont, Enquetekommission anbetrifft: Ich meine, ein Abschlussbericht – ich habe jetzt nicht im Kopf, wie das geplant ist, wenn das Ende nächsten Jahres wäre, jemand sagte, das wäre zu spät –, ich meine, man müsste einen handfesten Zwischenbericht schon im Frühjahr haben. Sie wissen alle, dass Politik immer auch eine psychologische Komponente hat. Und wenn zu viel Unsicherheit entsteht oder besteht, dann kann das sozusagen künftige, im Moment noch in Planung befindliche Kooperationen möglicherweise reduzieren oder negativ beeinträchtigen. Deswegen würde ich so schnell wie möglich – das habe ich ja vorhin schon gesagt – agieren.

Was die Fragen, die die Studierenden haben, anbetrifft, ist im Moment über die Online-Beantwortung doch einiges schon da.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank. – Frau Beihl, bitte schön.

Daniela Beihl (FDP): Auch von uns, der FDP-Fraktion, nochmal vielen Dank für Ihre Stellungnahmen und dass Sie sich heute die Zeit genommen haben, uns nochmal Rede und Antwort zu stehen. Meine Frage geht an Herrn Professor Dr. Koch. Herr Professor Koch, Sie hatten eben zweimal, glaube ich, gesagt, dass es bereits über 200 gut laufende Kooperationen gibt. Meine Frage wäre jetzt vor diesem Hintergrund: Die Ausgestaltung der Hochschulkooperationen liegt im Rahmen der Hochschulautonomie

in der Zuständigkeit der Hochschulen. Ist das nicht auch gerade eine Chance für die Hochschulen, sich mit eigenen, eigenständigen Internationalisierungsstrategien ein Alleinstellungsmerkmal zu schaffen? – Vielen Dank.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Frau Beihl. – Herr Professor Dr. Koch, bitte.

Prof. Dr. Dr. h.c. Lambert T. Koch (Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW, Rektor der Bergischen Universität Wuppertal): Ich versuche mal, die Frage zu interpretieren. Sie meinen, dass man darüber, dass man jetzt noch mehr auf die britischen Hochschulen zugeht, an Stärke gewinnt, oder wie haben Sie das gemeint?

Daniela Beihl (FDP): Nein, das ist bezogen auf die Hochschulautonomie: Wenn wir die Hochschulen in dieser Autonomie belassen, sodass sie diese Hochschulstrategien und Kooperationen mit anderen Hochschulen eigenständig ausarbeiten können, ohne jetzt eine Strategie vom Land vorzugeben, dann besteht doch eine größere Chance für die Hochschulen, zum Beispiel ein eigenes Profil zu entwickeln.

Prof. Dr. Dr. h.c. Lambert T. Koch (Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW, Rektor der Bergischen Universität Wuppertal): Gut, es ist richtig. Alle Universitäten in NRW und auch andere Universitäten und Hochschulen haben Internationalisierungsstrategien. Diese sind aber natürlich auch immer fallweise anzupassen. Es kommt immer mal vor, dass es aus politischen Gründen Länder auch mal in die andere Richtung gibt, wo man sagt: Das müssen wir im Moment mal ruhen lassen. Wenn es zu gewissen Zeiten Schwierigkeiten gab mit dem Iran oder mit anderen Ländern, passt man die Strategie an. In diese Richtung – das könnte man vielleicht an der Stelle sagen – muss jetzt jede Universität auch für sich selbst, ohne dass das von irgendjemanden gefordert wird, überdenken, ob das eine Chance ist oder ein Risiko oder ob die Chancen die Risiken überwiegen oder andersherum.

Aber das tun wir tatsächlich automatisch. Ich kann jetzt für meine eigene Universität sagen, dass wir natürlich erst mal geschaut haben: Welche Kooperationen mit Großbritannien haben wir? Was haben die für einen Status? Sind das reine Forschungsoperationen? – die sind sowieso meistens einfacher –, oder sind das welche, wo wir doch eine ganze Reihe von Studierenden auch im Austausch haben? Ist das etwas, wo dann auch materielle Fragen eine große Rolle spielen, wie gerade skizziert? Müssen wir uns die Verträge auch nochmal anschauen? Genau das macht dann unser Akademisches Auslandsamt in Verbindung mit dem Justizariat. Diese Dinge laufen tatsächlich. Ich habe es ja schon gesagt: Die Frage ist, wenn man politisch etwas machen möchte, ob man eben einen Rahmen setzt, der das Ganze begünstigt. Mehr wird man in der Governance, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen haben, auch nicht machen können und sollen.

Aber wir haben das ja durchdiskutiert mit den Franzosen, als damals die große Macron-Initiative kam, die jetzt auch schon wieder ein bisschen abgeflacht ist – in

Klammern gesagt. Aber dann überlegt man gemeinsam. Ist es politisch gewollt, da mehr zu tun? In welcher Form können Unterstützungen da sein? Ist es zunächst mal die rechtliche Konsultation? Ist es mehr? Ist es sozusagen eine Frage: Können wir euch matchen, können wir euch zusammenbringen, oder gibt es sogar eine monetäre Unterstützung? Aber wie gesagt: Das ist erst einmal voneinander unabhängig. Natürlich agieren relativ autonom Universitäten, auch ohne dass man sie dazu aufruft, weil sie die gesamte Szene natürlich penibel beobachten.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Koch. – Herr Bell.

Dietmar Bell (SPD): In Kenntnis dessen, dass natürlich autonome Hochschulen selber auch darauf achten und versuchen, auch Allianzen entsprechend zu verbessern, wenn es sich strategisch anbietet. Das ist schon klar. Ich hatte aber aus den Stellungnahmen entnommen, dass es, glaube ich, einen Konsens darüber gibt, dass die strategische Intensivierung von Kooperationen, die über das Bestehende hinausgehen, häufig an finanzielle Grenzen stößt. Das hat jedenfalls Professor Ackermann in seiner Stellungnahme gesagt. Und auch Sie haben in Ihrer Stellungnahme ja beschrieben, dass es durchaus Unterstützungsbedarf gäbe, wenn man probieren würde, diese strategischen Kooperationen auf eine entsprechende neue Ebene zu heben.

Ich habe jetzt nochmal eine Frage an Sie, Herr Professor Koch. Mir geht es nochmal um einen Punkt, den Sie vorhin nicht beantwortet haben. Ich habe Verständnis dafür, dass man vor dem Hintergrund laufender Gespräche und noch nicht abgeschlossener Diskussionen sich jetzt nicht auch zu stark aus dem Fenster lehnen will vonseiten der Landesrektorenkonferenz in Bezug auf konkrete Forderungen. Ich hatte vorhin aber nachgefragt, ob es aus Ihrer Sicht nicht Sinn machen würde, Verpflichtungsermächtigungen zum Beispiel im Haushalt einzustellen, die die Handlungsmöglichkeit für 2020 schaffen, falls es eine strategische Vereinbarung mit der Landesebene, mit dem Ministerium gäbe. Wir hatten darauf hingewiesen, dass wir Wert darauflegen würden, dass es eine gemeinsam erarbeitete Strategie zwischen Hochschulforschungseinrichtungen und dem Ministerium gibt, hier entsprechend auch Aktivitäten zu unterstützen, die über das normale Maß an den Hochschulen hinausgehen. Die Beispiele sind ja von Herrn Professor Ackermann auch in seiner Stellungnahme deutlich beschrieben worden, was die finanzielle Grenze an einer Hochschule auch bedeutet, selbst für eine große Universität wie die LMU. Da ist genau die Frage, ob das nicht ein sinnvolles Instrument wäre, mit dem wir in Haushaltsberatungen ein Stück weit auch so eine Initiative unterstützen können, dass zumindest die Voraussetzungen geschaffen sind, um im nächsten Jahr das potenziell unterstützen zu können, falls es zu einem harten Brexit kommt.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank. – Herr Professor Koch!

Prof. Dr. Dr. h.c. Lambert T. Koch (Vorsitzender der LandesRektorenKonferenz der Universitäten in NRW, Rektor der Bergischen Universität Wuppertal): Ich habe mit Interesse gelesen, dass die Präsidentin des Landesrechnungshofes in NRW

die Landesregierung zum Sparen aufgerufen hat. Ich fand das ganz interessant und hätte als Volkswirt auch einiges dazu zu sagen angesichts der gesamtwirtschaftlichen Situation. Aber ich finde es auch schön, dass Sie auf der anderen Seite das jetzt offenbar anders sehen und sagen: Man müsste dort, wo es nötig ist, durchaus auch mehr Geld locker machen. Natürlich, Sie haben zu Recht gesagt, es ist immer als Gesamtpaket zu sehen, nennen wir es Kuchen. Wenn wir den Kuchen an der einen Stelle schon stark in Anspruch nehmen, bleibt an der anderen Stelle weniger. Wenn wir wissen, dass wir als autonome Hochschulen ein großes Stück von dem Kuchen so bekommen, dass wir keine Vorgaben haben, wie wir ihn zu verteilen haben in der Hochschule, dann macht es uns das am leichtesten. Wenn man das vielleicht noch mit Hinweisen verbindet und sagt: Da wäre es jetzt gut, in den nächsten Monaten, Jahren vor allem auf solche strategischen Kooperationen zu schauen, dann machen wir das auch, weil wir immer in Gesprächen in dieser Richtung sind, weil man auch gemeinsame Ziele verfolgt.

Was könnte ein Anlass sein, sich vor allem auf solche strategischen Kooperationen zu konzentrieren? Das Eine ist sicherlich – wenn man bedenkt, dass Politik nicht immer nur Real-, sondern auch Symbolpolitik ist –, dass wir auch im Wettbewerb mit anderen Bundesländern stehen. Wenn also jetzt die Landesregierung zu uns sagt: Hört mal, die Bayern kriegen das hin, Berlin hat das gemacht, da können wir jetzt als vielleicht noch erfolgreichere Standorte doch nicht hintanstehen. Wenn Frau Storsberg zu mir sagt, da müssen wir jetzt auch was machen, dann würde ich natürlich auch zu ihr gehen, gut, dann stellt uns aber auch ein schönes Gebäude hin, dann werden wir so etwas auch hinbekommen. Das ist aber, wie gesagt, eine Frage nicht nur von Real-, sondern auch von Symbolpolitik, denn das andere habe ich schon gesagt.

Wir haben natürlich auch jetzt profunde Themen am Laufen, die man dort vielleicht bündeln könnte, zum Beispiel. Oder wir würden sagen: Nein, wir müssen thematisch schauen. Auch wäre es dann aus unserer Sicht Rosinenpicken, um zu sehen: Wo sind die Briten so stark, dass wir von ihnen auch wirklich profitieren können? Das wäre dann Realpolitik, mit einer solchen Symbolpolitik verbunden. Tatsächlich wissen Sie, dass wir immer mehr Geld gebrauchen können für gute Projekte. Insofern, wenn wir dann über einen größeren Kuchen und nicht nur über ein größeres Stück von dem Kuchen reden, das uns dann an anderer Stelle fehlen würde, dann kommen wir alle miteinander ins Gespräch.

Vorsitzender Helmut Seifen: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr zu Fragestellungen. Frau Storsberg, möchten Sie noch das Wort ergreifen? – Bitte schön.

StS Annette Storsberg (MKW): Vielen Dank, dass ich ganz kurz zum Schluss noch einige Anmerkungen machen kann. Wir haben sowohl hier im Ausschuss als auch im Plenum als Landesregierung schon zweimal berichtet. Angesichts der geostrategischen Lage hat sich an den Rahmenbedingungen leider bisher nichts verändert. Auch die EU-Kommission hat jetzt vor Kurzem noch mal gesagt, dass sie jedenfalls vor dem neuen Austrittsdatum keine weiteren Maßnahmen beabsichtigt.

Für die Landesregierung, speziell das Wissenschaftsministerium, möchten wir daher zunächst unsere Linie, so wie sie hier auch im Wesentlichen beschrieben wurde, verfolgen, dass wir zum einen informieren – das tun wir gerne hier im Landtag, das tun wir auch über eine Webseite, die wir speziell für diesen Zweck eingerichtet haben. Das heißt, wir informieren, und wir versuchen natürlich auch, die Kommunikation in allen Richtungen gegenüber dem Landtag, gegenüber unseren Hochschulen aufrechtzuerhalten. Wir haben das Thema auch in der Landeswissenschaftskonferenz schon behandelt.

Ich habe, wenn ich das offen sagen darf, in der Diskussion hier keine Argumente gehört, wonach eine abstrakte Strategie, die man angesichts der gerade geschilderten Lage entwickeln könnte, sinnvoll ist. Wir würden gerne diese enge Kooperation und Kommunikation mit den Hochschulen fortsetzen und da unterstützen, wo es Sinn macht, aber nicht im Rahmen einer abstrakten, vorbeugenden Strategie.

Dazu darf ich vielleicht auch als Haushälterin eine Anmerkung machen, weil Sie nach einer Anmeldung einer VE für den Haushalt gefragt haben. Normalerweise gehen wir davon aus, dass wir etatreife Anmeldungen annehmen und sozusagen nicht auf Vorrat im Haushalt solche Anmeldungen vornehmen. Das ist eine vielleicht eher administrative Sicht der Dinge. – Danke.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Frau Storsberg. – Jetzt hatte sich Herr Bell noch gemeldet, bitte schön.

Dietmar Bell (SPD): Wir freuen uns natürlich, wenn Sie hier keine weiteren Argumente gehört haben, die Sie zum Anlass einer Veränderung Ihrer Haltung nehmen. Es ist unüblich, dass sich die Landesregierung am Ende einer Aussprache, die das Parlament, der Ausschuss mit Sachverständigen geführt hat, mit einer Meinungsäußerung zu Wort meldet. Ich finde das relativ respektlos – das ist so, Frau Storsberg, ich will das so deutlich sagen. Ich bewerte das als nicht wirklich zielführend.

Eine Bewertung dieser Debatte wird hier im Ausschuss durch den Ausschuss erfolgen. Ob der Ausschuss dann, auch das Parlament zu einer entsprechenden Aufforderung an Sie als Landesregierung kommt, Sie möglicherweise aufzufordern, eine Gesamtstrategie zu entwickeln, obliegt dem Parlament. Wir bedanken uns aber trotzdem für Ihren konstruktiven Redebeitrag.

Vorsitzender Helmut Seifen: Herr Tigges hatte sich noch einmal gemeldet, bitte schön.

Raphael Tigges (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Bell! Die Reaktion darauf fand ich jetzt ein bisschen überzogen. Ich nehme das eher so wahr als Interesse an dieser Debatte, Interesse an diesem Expertengespräch seitens der Landesregierung. Im Übrigen zielt auch Ihr Antrag, den Sie hier auf die Tagesordnung des Expertengesprächs gesetzt haben, explizit auf das, was die Landesregierung macht. Wir werden das selbstverständlich hier weiter beraten und können

politisch unsere Schlüsse daraus ziehen. Ich glaube, das war noch einmal eine Klarstellung seitens des Ministeriums auf die Frage, die Sie ja auch aufgeworfen haben. Insofern finde ich es auch hilfreich, wenn das sofort durch Beantwortung geklärt wird. Das empfinde ich nicht als Missachtung, sondern als Interesse an dem Expertengespräch. Wir haben keine Anhörung hier, sondern wir haben ein Expertengespräch. Das ist bewusst in diesem Rahmen hier im Ausschuss so terminiert worden. Insofern sehe ich die Problematik an der Stelle überhaupt nicht.

Dietmar Bell (SPD): Ich würde vorschlagen, dass wir das im Obleutegespräch klären.

Vorsitzender Helmut Seifen: Wir haben keine Anhörung gemacht, sondern ein Expertengespräch. Ich habe auch schon Expertengespräche erlebt, in denen wir mit den Experten kurz debattiert haben und nicht nur gefragt haben. Ich denke, Herr Bell, der Ausschuss ist so selbstbewusst und so souverän, dass er sich nicht durch die persönliche Meinungsäußerung einer Staatssekretärin beeinflussen lässt. Da müssen Sie keine Sorge haben. Ich denke, jeder, der hier anwesend ist, darf seine Meinung sagen. Trotzdem beraten und debattieren wir selbstverständlich intensiv und ausführlich diese Dinge und werden dann zu einer Entscheidung kommen. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Bell, bitte.

Dietmar Bell (SPD): Ich würde das Thema gerne im Kreis der Obleute noch einmal aufrufen.

Vorsitzender Helmut Seifen: Gut, die haben wir meistens nach Sitzungen.

(Zuruf von Dietmar Bell [SPD])

– Das ist vielleicht auch besser, wenn dann etwas mehr Wasser den Rhein runterfließt. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht so. Dann bedanke ich mich ganz herzlich bei allen Fragestellern, bei der Staatssekretärin Frau Storsberg und natürlich bedanke ich mich ganz herzlich bei den Experten, die uns Rede und Antwort gestanden haben. Das Protokoll wird nach einiger Zeit im Internet stehen, vom Landtag angeboten. Der Ausschuss wird sich dann weiterhin mit dem Antrag befassen und intensiv diskutieren und debattieren. Ich wünsche unseren Gästen eine gute Rückreise und bedanke mich noch einmal ganz herzlich für Ihre Anwesenheit.

2 Gesetz zur Einführung einer pauschalen Beihilfe

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5620

Vorsitzender Helmut Seifen merkt an, am 22. Februar 2019 sei der Antrag an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss und an den mitberatenden Wissenschaftsausschuss überwiesen worden. Der federführende Ausschuss habe zu dem Antrag im Juni eine Anhörung durchgeführt – vgl. APr 17/668. Er wolle nun seine Beratung beenden. Heute sei die abschließende Beratung und Abstimmung in Fraktionsstärke vorgesehen.

Dietmar Bell (SPD) wirbt dafür, dem Antrag zuzustimmen. Es gehe um eine Benachteiligung vor allem kinderreicher Beamtinnen und Beamter, insbesondere in kleinen Besoldungsstufen. Es gehe um die Frage, inwieweit hier die Möglichkeit erleichtert werde, in der Gesetzlichen Krankenkasse zu sein und eine Beihilfe in Anspruch nehmen zu können. Das sei aus Gründen der Gerechtigkeit in den entsprechenden Strukturen sinnvoll. Es gebe eine Reihe von Punkten, warum es sinnvoll für Beamtinnen und Beamte sei, in der Gesetzlichen Krankenversicherung zu verbleiben – das Stichwort chronische Erkrankungen oder viele Kinder, die über Zusatzversicherungen im privaten Bereich teurer seien. Hamburg habe mit dem Instrument Moment sehr gute Erfahrungen gemacht. Dort sei die Wahlmöglichkeit geschaffen worden, als freiwillig Versicherte in die GKV einzutreten. Er würde sich freuen, wenn diesem Gesetzentwurf zugestimmt werden würde.

Dr. Stefan Nacke (CDU) legt dar, seine Fraktion habe die Anhörung auch zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass es durchaus skeptische Perspektiven auf den Gesetzentwurf gegeben habe, insbesondere seien verfassungsrechtliche Bedenken vorgetragen worden. Die CDU-Fraktion lehne diesen Gesetzentwurf ab, nehme das aber auch zum Anlass, ein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum in Nordrhein-Westfalen abzugeben.

Daniela Beihl (FDP) schließt sich der Vorrede von Dr. Nacke an. Ihre Fraktion werde nicht zustimmen.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) unterstreicht, seine Fraktion begrüße den Gesetzentwurf, den die SPD vorgelegt habe. Seine Fraktion habe zum gleichen Zeitpunkt einen Antrag vorgelegt, der die gleiche Zielrichtung gehabt habe. In der Anhörung sei auch keine gesonderte Position für die Wissenschaft thematisiert worden, und es seien auch keine überzeugenden Bedenken gegen den Antrag vorgelegt worden seien. Seine Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen.

Helmut Seifen (AfD) erklärt, seine Fraktion werde den Antrag ablehnen. Die Anhörung habe ergeben, dass die Vermischung zwischen privater und gesetzlicher Versicherung nicht so einfach sei, wie Herr Bell es dargestellt habe. Das sei schon komplexer und komplizierter. Die Beihilfe sei nach Familienstand gestaffelt. Man könne ja nicht von einer einheitlichen Beihilfe ausgehen. Familien mit Kindern seien anders in der Beihilfe abgesichert als Familien ohne Kinder oder Einzelpersonen. Das sei im Grunde genommen eine Alimentationserhöhung einer bestimmten Gruppe, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sei.

Auch müsse man bedenken, Beamte, die beihilfeberechtigt seien, müssten erst einmal einen Eigenanteil leisten, bevor sie die Beihilfe in Anspruch nehmen könnten. Wie man das alles berechnen wolle, damit so etwas wie Gerechtigkeit hergestellt werde, das erschließe sich ihm nicht. Die AfD lehne den Gesetzentwurf ab.

Der **Ausschuss lehnt** den **Gesetzentwurf** der SPD-Fraktion **Drucksache 17/5620** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

3 Hitzeaktionspläne zur Prävention hitzeassoziierter Mortalität und Morbidität

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6752

Vorsitzender Helmut Seifen merkt an, der Antrag sei am 12.07.2019 überwiesen worden. Federführend sei der Ausschuss für Arbeit und Gesundheit. Der Wissenschaftsausschuss sowie der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen seien mitberatend. Beratung und Abstimmung sollten im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales erfolgen. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales bitte um das Votum bis zum 30.10.2019.

Helmut Seifen (AfD) führt aus, die Begründungen lägen vor. Dr. Vincentz habe es im Plenum bereits vorgetragen. Es gehe hier um Präventionsmaßnahmen, wie man sie für viele Fälle schon habe – nicht nur im Bereich der Verkehrssicherheit, der Verbrechensbekämpfung, auch im Bereich der Gesundheitsfürsorge gebe es bereits Präventionsmaßnahmen, die sich hauptsächlich auf Kälteschäden, Grippe, Epidemien bezögen. Man müsste langandauernde Hitzeperioden im Gesundheitswesen so händeln wie auftretende Epidemien.

Es gebe Gesundheitsaktionspläne der Weltgesundheitsorganisation, der EU-Kommission, Verbesserung der Reaktion des Gesundheitswesens auf extreme Wetterereignisse. Das gebe alles schon. Für diese Hitzeperiode wäre es gut, wenn es Gesundheitsaktionspläne gäbe. Die Schweiz habe das bereits vorgemacht. Es gebe verbesserte Informationen der Bevölkerung und vor allem, was in den Hitzeperioden hier nicht üblich sei, die Vernetzung verschiedener Institutionen, wie sie bei Epidemien üblich sei – Gesundheitsämter, niedergelassene Ärzte, Krankenhäuser, Sozialdienste arbeiteten Hand in Hand und nicht vereinzelt je nach Bedarf des jeweiligen Patienten. Er denke, dass die Forderungen in dem Antrag jedem, der hier sitze, am Herzen liegen müssten. Er bitte, diesem Antrag zuzustimmen.

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/6752** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **ab**.

4 „Gestresste“ Wohnungsmärkte in Großstädten entlasten und den ländlichen Raum stärken – Verlagerung von Hochschuleinrichtungen und Behörden

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6757

Vorsitzender Helmut Seifen merkt an, der Antrag sei am 10.07.2019 an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen federführend überwiesen worden. Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen werde am 13.09.2019 die Beratung und Abstimmung vornehmen. Der Wissenschaftsausschuss sei mitberatend. Der Wissenschaftsausschuss müsse seine Beteiligung erklären. Er schlage nachrichtlich vor.

Der **Ausschuss beschließt**, sich nachrichtlich an der Beratung zu **beteiligen**.

5 Finanzlage der Universität zu Köln

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2380

Vorsitzender Helmut Seifen merkt an, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe einen Bericht erbeten, der dem Ausschuss mit Vorlage 17/2380 übersandt worden sei.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) bedankt sich für den Bericht. Er habe eine Nachfrage. In dem Bericht werde ausgeführt, dass die landesfinanzierten Budgets aller Universitätsbereiche seit 2018 um 2,5 % gekürzt worden seien, 2019 und 2020 seien keine Steigerungen geplant. Jetzt sei der Landeszuschuss 2018 für den laufenden Betrieb der Universität um 17,2 Millionen Euro erhöht worden, 2019 zusätzlich um 18,7 Millionen Euro, 2020 nach dem Haushaltsentwurf um 23,3 Millionen Euro. Die Studierendenzahlen stagnierten an der Universität zu Köln. Er frage, wie das zusammenpasse, ob das zusätzliche Landesgeld in voller Höhe in den Fachbereichen ankomme.

Mit Blick auf die politische Bewertung wüsste er gerne, wie die Landesregierung auf die Idee komme, dass die sich so ergebenden Einsparungen keine Auswirkungen auf die Lehre hätten. Es gebe durchaus Beispiele. Vor einiger Zeit habe der Ausschuss ein Beispiel hier im Ausschuss diskutiert, jetzt gebe es ein anderes Beispiel, Osteuropäische Geschichte. Da sei jetzt eine Professur mit den entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weggefallen und durch eine Mittelbaustelle als Annex zu einem anderen Fachgebiet ersetzt worden. Jetzt könne man sagen, Osteuropäische Geschichte sei ein kleines Fach. Das habe, wie das Beispiel zeige, Auswirkungen auf den Betrieb von Forschung und Lehre, wenn da solche Einsparmaßnahmen liefen. Er frage, wie die Aussagen in dem Bericht zusammenpassten. Dann frage er, wie man auf die Idee kommen könne, dass diese Einsparungen keine Auswirkungen auf Forschung und Lehre hätten.

Dietmar Bell (SPD) schließt sich den Ausführungen von Herrn Matthi Bolte-Richter an. Der Presse habe man entnehmen können, dass die Universität Köln als Entschädigung für den verlorenen Exzellenztitel vom Land Ausgleichszahlungen in Millionenhöhe erhalte, und zwar ab 2020 pro Jahr zusätzlich 3,6 Millionen Euro. Nach Darstellung der „Welt“ habe dies ein Sprecher des Wissenschaftsministeriums bestätigt. Er frage, ob das stimme, und warum das in dem Bericht nicht auftauche.

StS Annette Storsberg (MKW) führt aus, in dem Bericht werde dargestellt, welche internen Kürzungen die Hochschule für die einzelnen Bereiche vornehme. Das Verhältnis der Hochschule zum Land sei ein eigenes. Der Haushaltszuschuss, den das Land der jeweiligen Hochschule gebe, bemesse sich an allgemeinen Kriterien und nicht danach, wie die Hochschule ihre internen Entscheidungen über die Mittelverteilung treffe. Das seien zwei Regelungskreise.

Herr Bolte-Richter habe ein Beispiel genannt, von dem er ausgehe, dass es auf diese internen Kürzungsmaßnahmen zurückzuführen sei. Das Ministerium habe verschiedene solcher Hinweise bekommen und sei dem nachgegangen. In keinem Fall sei die Vermutung, dass diese Einstellung mit der Kürzung zusammenhänge, erhärtet worden. Dem gehe man aber gerne weiter nach.

Normal sei, dass eine Hochschule zum Beispiel das Studienangebot regelmäßig daraufhin überprüfe, welche Studiengänge ausgelastet seien und welche nicht. Danach treffe sie autonome Entscheidungen, die jetzt nicht unbedingt etwas mit dem Budget zu tun hätten. Wenn es weitere Hinweise gebe, gehe das Ministerium dem gerne nach. Man habe bisher bei den Beispielen, die an das Ministerium herangetragen worden seien, keine Erhärtung für diesen Zusammenhang feststellen können.

An Herrn Bell gewandt, fährt die Staatssekretärin fort, in der Tat sei es so, dass die Universität zu Köln eine solche Sonderzuwendung seitens des Ministeriums bekomme. Das habe die Ursache darin, dass bei der Exzellenzinitiative in der Vergangenheit, als sich die Universität zu Köln beworben habe, die Regularien damals so gewesen seien, dass die Länder, um einen möglichen Erfolg der jeweiligen Hochschule zu befördern, eine sogenannte Nachhaltigkeitserklärung hätten abgeben müssen. Diese Nachhaltigkeitserklärung habe Ministerin Schulze damals abgegeben.

Solange die Universität in der Exzellenzinitiative erfolgreich gewesen sei, seien diese Gelder aus dem Topf der Exzellenzinitiative geflossen. Da die Universität zu Köln leider nicht mehr als Exzellenzuniversität gefördert werde, habe das Land eine haushaltsmäßige Vorsorge getroffen – sie sei seit ein, zwei Jahren im Haushalt angelegt – , damit man für den Fall, dass die Universität zu Köln aus der Förderung herausfalle, gewappnet sei, um diese Nachhaltigkeitserklärung von damals einzuführen. Das habe man zum Ausdruck gebracht. Das sei in der Presse zugegebenermaßen nicht so in den Zusammenhang gestellt worden, dass das eine alte Zusage gewesen sei, die man jetzt eingelöst habe.

6 Studienbeiträge für Studierende aus Drittstaaten

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2381

Vorsitzender Helmut Seifen merkt an, die SPD habe um einen Bericht gebeten, der dem Ausschuss mit Vorlage 17/2381 übersandt worden sei.

Dietmar Bell (SPD) macht darauf aufmerksam, dass die Fragen der SPD in Teilen nicht konkret beantwortet worden seien. Er nehme zur Kenntnis, dass dieser Bericht offensichtlich keine Klarheit darüber bringe, wie mit dem Thema seitens der Landesregierung weiter umgegangen werde. Er würde heute auf eine Debatte verzichten, da aufgrund eines Antrags der Grünen nächste Woche plenar darüber beraten werde mit einer direkten Abstimmung. Von daher brauche man sich heute nicht mehr in der gleichen Sache miteinander auseinanderzusetzen, sondern könne das nächste Woche im Plenum tun.

7 Verschiedenes

Vorsitzender Helmut Seifen gratuliert Frau Freimuth nachträglich zum Geburtstag und wünsche ihr alles Gute.

- a) **„Wissenschaft braucht Kontinuität und Perspektive. Mehr Dauerstellen an den Hochschulen des Landes!“ – Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 17/6585**

Vorsitzender Helmut Seifen macht darauf aufmerksam, dass für die Anhörung am 02.10.2019 keine Sachverständigen genannt worden seien. Von seiner Fraktion seien Sachverständige angeschrieben worden, die noch Rücksprache nehmen wollten, und zwar nicht vor November. Jetzt lege man großen Wert auf die Expertise außerhalb des Hauses. Es gebe zwei Möglichkeiten Er würde gerne den Antrag schieben auf die Sitzung im Januar. Wenn der Ausschuss dem nicht zustimmen würde, ziehe seine Fraktion den Antrag zurück und bringe ihn dann zu einem späteren Zeitpunkt wieder ein.

Dietmar Bell (SPD) stimmt dem nicht zu. Es gehe um einen Plagiatsantrag. Das Thema sei schon umfangreich behandelt und diskutiert worden. Dem Begehren wolle er nicht entsprechen.

Dr. Stefan Nacke (CDU) macht darauf aufmerksam, dass man verabredet habe, bis zu einem Datum Personen zu benennen. Dieses Datum sei überschritten worden. Es gebe keine Personen, damit wäre die Anhörung hinfällig.

Vorsitzender Helmut Seifen stellt fest, dass die AfD-Fraktion den Antrag Drucksache 17/6585 zurückziehe.

- b) **Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Neufassung des Hochschulzulassungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/6538**

Vorsitzender Helmut Seifen verweist auf die gemeinsame Sitzung mit dem federführenden Hauptausschuss zu diesem Tagesordnungspunkt. Das Expertengespräch werde am 12. September 2019 ab 14:00 Uhr stattfinden. Wegen konkurrierender Ausschusssitzungen werde dort die Teilnahme in Fraktionsstärke gewertet. Er bitte um Berücksichtigung in der Terminplanung.

Was die Auswertung des Expertengesprächs angehe, so solle diese am 26. September 2019 stattfinden. Eine genaue Zeitangabe sei nicht möglich, weil vorher eine Anhörung im HPA stattfinde. Wegen konkurrierender Ausschusssitzungen sei auch hier die Abstimmung in Fraktionsstärke vorgesehen. Er bitte, diesen Termin zu berücksichtigen.

c) Haushaltsberatungen 2020 – (Zeitplan)

Die erste Sitzung finde am 2. Oktober 2019 statt. Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen stelle den Einzelplan in der Sitzung vor. Anschließend könnten die Fraktionen mit Fristsetzung bis zum 7. Oktober 2019 Fragen beim Ausschussesekretariat schriftlich einreichen. Am 8. Oktober 2019 würden die Fragen an das Ministerium weitergeleitet. Er bitte um Beantwortung der Fragen durch die Landesregierung bis zum 30. Oktober 2019. Die zweite Sitzung des Wissenschaftsausschusses werde dann am 6. November 2019 stattfinden. Dann erfolgten die Aussprache und die abschließende Beratung und das Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss.

Dietmar Bell (SPD) macht darauf aufmerksam, dass seine Fraktion für die Einreichung von Änderungsanträgen eine Frist habe, die einige Tage vor der Beantwortung der Fragen durch das Ministerium liege. Es wäre hilfreich, wenn die Fragen bis zum 25. Oktober 2019 beantwortet werden könnten, damit die Frist eingehalten werden könne für die Einreichung der Änderungsanträge. Die Fragen könnten auch früher gestellt werden. Frau Seifert könne die Fragen unmittelbar, wenn sie eingingen, an das Ministerium weiterleiten.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) macht einen Vorschlag, wie man die Zahl der Fragen reduzieren könne. Er schlage vor, dass man nach dem Berichterstattergespräch, das am 9. Oktober im HFA laufe, am 10. Oktober die Fragen einreiche. Dann müsse das Haus weniger Fragen beantworten. Das würde möglicherweise das Verfahren auch vereinfachen.

Angela Freimuth (FDP) weist darauf hin, dass es sinnvoll wäre, wenn alle Fragen, egal, zu welchem Zeitpunkt sie vorhanden seien, gegebenenfalls dem Berichterstattergespräche zugrunde gelegt werden könnten. Hinterher könne man gucken, was in dem Berichterstattergespräch bzw. in dem Protokoll beantwortet worden sei. Dann könne man immer noch die Restanten anführen. Jeder, der Fragen zum Haushalt habe, sollte diese so früh wie möglich stellen. Ob die dann im Berichterstattergespräch mit Informationen an den Wissenschaftsausschuss beantwortet würden oder an anderer Stelle, sei dann in jedem Fall zielführend.

Vorsitzender Helmut Seifen hält fest, diese Variante werde dem Ausschuss noch mitgeteilt.

StS Annette Storsberg (MKW) betont, das Ministerium werde sich bemühen, die Fragen in der Zeit bis zum 25.10. zu beantworten. Es komme natürlich auch darauf an, welche Umfänge die Fragen hätten und welche Recherchearbeit gegebenenfalls notwendig sei. Sie bitte, dass die Fragen möglichst früh gestellt würden und man dadurch ein bisschen mehr Zeit habe.

Vorsitzender Helmut Seifen merkt an, Frau Seifert würde die Fragen sofort weiterleiten.

d) Weiterbildungskonferenz am 25.09.2019

Vorsitzender Helmut Seifen macht darauf aufmerksam, dass sich die Abgeordneten für die Weiterbildungskonferenz auch anmelden müssten. Im Gegensatz zu den Anmeldungen bei den Experten laufe das etwas schleppend. Es hätten sich bisher erst drei Abgeordnete eingetragen. Er bitte die Abgeordneten, sich anzumelden, weil auch die einzelnen Workshops geplant werden müssten.

Dietmar Bell (SPD) macht darauf aufmerksam, dass es einen Bericht zur Entscheidung bezüglich der Förderrichtlinie Exzellenzuniversitäten gegeben habe. Darin sei notiert, dass die nicht berücksichtigten Bewerber im August eine ausführliche Begründung des Wissenschaftsrates für die Entscheidung der Exzellenzkommission erhalten hätten. Die Hinweisschreiben würden zurzeit ausgewertet. Auf der Grundlage sollten dann Gespräche geführt werden, um gemeinsam mit den Hochschulen die Weichen für die weitere erfolgreiche Entwicklung zu stellen.

Nachdem man fast an allen Hochschulen gewesen sei, die Exzellenzanträge geschrieben hätten, würde auch die inhaltliche Begründung interessieren. Es sei eine spannende Frage, woran denn in der Begutachtung die Hochschulen gescheitert seien, die in der Exzellenzinitiative nicht erfolgreich gewesen seien. Vor dem Hintergrund habe man sich auch angeschaut, womit sich die Hochschulen bewerben würden. Die Hochschulen seien damit sehr offensiv umgegangen und hätten ein Interesse daran zu erfahren, aus welchen Gründen der Erfolg ausgeblieben sei.

Dr. Stefan Nacke (CDU) regt eine Obleuterunde im Anschluss an die Sitzung an.

gez. Helmut Seifen
Vorsitzender

Anlage

22.10.2019/29.10.2019

73

**Expertengespräch
Sitzung des Wissenschaftsausschusses**

Brexit - Landesregierung muss endlich für den Wissenschafts- und Forschungsstandort NRW tätig werden und Forschungs Kooperationen aktiv fördern

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6256

am Mittwoch, dem 11. September 2019
15.30 Uhr, E 3 D 01

T a b l e a u

eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Herr Professor Dr. Thomas Ackermann Direktor der strategischen Partnerschaft LMU München	Professor Dr. Ackermann	17/1753
Frau Professorin Dr. Jutta Allmendinger Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB)	keine Teilnahme	-
Herr Professor Dr. Dr. h.c. Lambert T. Koch Vorsitzender der LRK Rektor der Bergischen Universität Wuppertal Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW	Professor Dr. Dr. h.c. Lambert T. Koch	17/1754
Herrn Professor Dr. Günter M. Ziegler Präsident der Freien Universität Berlin	keine Teilnahme	-
